CSV

KLOER, NO & GERECHT.

MIR HUNN E PLANG
fir Lëtzebuerg.

E PLANG FIR LËTZEBUERG

Gerechtigkeit - Innovation – Effizienz
Wir wollen neue Perspektiven für die Zukunft

Auszüge aus dem Wahlprogramm 2018 (Teil 1)

1) Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit

Besteuerung von Privatpersonen: mehr Gerechtigkeit

- Im Bereich der Personenbesteuerung streben wir eine zusätzliche Entlastung der niedrigen Löhne an.

Grundfreibetrag und degressiver Steuerkredit

Dies wird über den Weg eines degressiven Steuerkredits für Mindestlohnbezieher geschehen. Desweiteren sprechen wir uns für die Erhöhung von 11.265 auf 12.000€ des Grundfreibetrages in der Steuertabelle aus. Dies bedeutet eine beachtliche Verbesserung für Menschen mit kleinem Einkommen.

- Wir werden eine Analyse der zukünftigen Kosten der letzten Steuerreform in Auftrag geben. Besteht finanzieller Spielraum, werden wir den Mittelstandsbuckel durch die Anpassung des Steuerkredites weiter abflachen.
- Wir treten für die regelmäßige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation ein.
- Wir werden das Regime der Steuerkategorie 1A einer Prüfung unterziehen. Wir streben dabei eine Ausweitung des Übergangsregims von bisher drei auf fünf Jahre an. Auch würde es eine Tarifangleichung der Klasse 1A in Richtung Steuerklasse 2 geben.
- Das aktuelle Regime der „Stock Options", basierend auf Rundschreiben, wird abgeschafft. Wir wollen eine gesetzliche Reglung. Wir streben eine steuerliche Begünstigung für längerfristige Beteiligungen am eigenen Unternehmen, vor allem im Bereich der Start-ups an.
- Wir treten für die Schaffung eines speziellen zeitbegrenzten Regimes für Expatriates ein, so wie es in Frankreich, Italien und Spanien besteht. Diese Maßnahme soll es Luxemburg erlauben, weiterhin Talente anzuziehen, die unsere Wirtschaft dringend braucht.
- Wir sagen Nein zur Einführung der Vermögenssteuer für Privatpersonen.
- Eine Erbschaftssteuer in direkter Linie ist für die CSV kein Thema.
- Wir werden die Grundsteuer reformieren und den heutigen Immobilienwerten anpassen. Die Grundsteuer soll weiterhin eine kommunale Steuer bleiben. Sie soll dazu dienen, dass die Gemeinden ihren neuen Missionen und Aufgaben gerecht werden können.

Der Mindestlohn wird regelmäßig angepasst

Der Mindestlohn muss regelmäßig angepasst werden.

Der Mindestlohn muss den, der jeden Tag arbeiten geht, vor Armut schützen und ihm ein dezentes würdiges Leben ermöglichen. Es geht um den Wert und die Würde von Arbeit.

Wir werden den Mindestlohn, vor allem im Nettobereich nach oben anpassen. Wir setzen uns für eine regelmäßige Anpassung des Mindestlohns an die allgemeine Lohnentwicklung ein. Unsere Mindestlohnpolitik trägt den ökonomischen Realitäten sowie der Realität der Lebenshaltungskosten Rechnung.

Verbesserung bei Kranken- und Pflegeversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung, sowie die Pflegeversicherung zeichnen aktuell regelmäßig überschüssige Einnahmen auf. Dank dieser Überschüsse, die größtenteils auf das aktuelle wirtschaftliche Wachstum zurückzuführen sind, können weitere Herausforderungen gemeistert werden. Im Sinne des „utile et nécessaire", und aufgrund von neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, werden wir uns einsetzen für

- den Ausbau der Präventivmedizin;
- eine Erweiterung des Leistungskataloges;
- die Ausdehnung des „Tiers-payant"; der „Tiers-payant social" wird erweitert; bei hohen Rechnungen über einen zu definierenden Betrag soll er automatisch greifen; bei Langzeiterkrankungen, chronischen Krankheiten und bei chirurgischen Eingriffen soll eine generelle „Tiers-payant"-Regelung spielen können.
- die Anpassung der sogenannten 52-Wochen-Regelung : Langzeitkranke sollen sich keine Sorgen über eine automatische Kündigung respektive einen Einkommensverlust machen müssen, falls die Krankschreibung über 52 Wochen hinausgeht müssen Ausnahmeregelungen greifen;

Die Änderungen in der Pflegeversicherung sorgten ab dem 1. Januar 2018 für viel Unmut und Unsicherheit. Die Reform ging vor allem auf Kosten von Behinderten und dementen Menschen. Dies war für die CSV inakzeptabel. Der zuständige Minister hat nach langem Hin und Her und unter anderem auf Vorschlag der CSV Nachbesserungen eingeleitet. Wir werden sicherstellen, dass alle nötigen und sinnvollen Leistungen wieder eingeführt und gesetzlich abgesichert werden.

Die CSV wird sicherstellen, dass die Löhne und Altersbezüge weiterhin mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten.

Deshalb ist die Indexierung der Löhne und Altersbezüge fester Bestandteil unserer Politik.

2) Ein neuer Plan für den Gesundheitssektor

Luxemburg hat eines der im internationalen Vergleich besten Gesundheitssysteme. Das heißt aber nicht, dass dieses nicht verbesserungs- und reformfähig wäre. Für die CSV ist eine in allen Hinsichten perfekte und barrierefrei zugängliche, auf die Bedürfnisse des Patienten zugeschnittene Gesundheitsversorgung die grundlegende Voraussetzung einer solidarischen, allen Bürgern, ohne Unterschiede und Ausnahmen, zur Verfügung stehenden Gesellschaft. Das bedeutet, dass auch und gerade im wohlhabenden Luxemburg, wo, bei gleichzeitig zunehmenden Finanzdruck, keine materiellen Einwände gegen eine Optimierung bestehender Leistungen und Strukturen hinnehmbar sein können, weitere Verbesserungen am System vorgenommen werden müssen.

- In den vergangenen 30 Jahren wurde, trotz großem Reformeifer im Spitalsektor, vor allem versäumt, ein klares, umfassendes und kohärentes Konzept in puncto Gesundheitsversorgung zu erarbeiten. Ein solches Konzept ist überfällig und stellt die gesundheitspolitische Priorität der CSV dar. Wir werden einen Gesundheitsplan erstellen, der auf fünf Pfeilern fußt: 1) Prävention 2)medizinische Basisversorgung, 3) Spitalplanung, 4) ambulante Versorgung, und 5) geriatrische Versorgung.

In Anbetracht der jüngsten Diskussionen um den Spitalplan, der evidenten Dysfunktionen insbesondere im Bereich der Notaufnahme bzw. -versorgung von Patienten, weiteren Handlungsbedarfs bei der Kostenübernahme medizinischer Behandlungen, und vor allem angesichts der Herausforderungen einer wachsenden Bevölkerung in einem integrierten europäischen Umfeld im digitalen Zeitalter, ist die CSV gewillt, auf der Basis einer grundlegenden Reform des Steuerungssystems und im Rahmen eines patientenorientierten Gesamtplans, neue, zukunftsweisende Akzente zu setzen. Eine effiziente Behandlung ohne unzumutbare Wartezeiten und eine Betreuung in einem kohärenten, in verstärktem Maße auf ambulante Strukturen ausgerichteten System ist unsere Zielsetzung.

- Wir werden eine nationale Koordinations- und Steuerungsinstanz, eine sogenannte „Gouvernance nationale de la santé", schaffen. In diesem Gremium sollen die vereinten Interessenvertreter, Sozialpartner, Krankenkassen und Patientenvertreter, auf der Grundlage solider Gesundheitsdaten und zuverlässiger Expertenmeinungen über fällige Investitionen und effiziente Ausgabenverteilung im Gesundheitssystem entscheiden. Dem werden wir ein Expertengremium, das „Centre National d'Expertise des Soins de Santé", zur Seite stellen, das unterschiedliche Funktionen vereint und regelmäßig bzw. auf Anfrage unabhängige wissenschaftlich auf dem neuesten Stand fundierte Empfehlungen auf dem Gebiet der Gesundheitstechnologien gibt.
- Wir werden ein „Observatoire de la santé" schaffen, das unter strengsten Datenschutzmaßnahmen die Gesundheitsdaten, auch solche, die über die Krankenhäuser hinausgehen, systematisch, anonymisiert und in einer nationalen „Carte sanitaire" zentral erfasst und auswertet.
- Wir wollen neue Akzente im Bereich von Prävention und Früherkennung setzen und diese in ein flächendeckendes, altersspezifisches und zielorientiertes Konzept (u.a. durch gezielte Integration in die Schulprogramme sowie eine regelmäßige Erwachsenenbildung am Arbeitsplatz) einbetten. Allgemein sollen die Lebenskompetenzen sowie die Gesundheitskompetenzen gefördert werden, um die Selbstfürsorge zu stärken und so die

Lebenshygiene insgesamt zu verbessern. Dem Referenzarzt soll in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle zukommen.

- Wir werden die Gesundheitsversorgung und den Notdienst im ländlichen Raum verbessern. Die Verteilung der Apotheken und deren Öffnungszeiten in unserem Land müssen überdacht werden.
- Wir wollen das Staatslaboratorium besser aufstellen.
- Die überaltete ärztliche Nomenklatur muss überarbeitet und den aktuellen Standards angepasst werden.
- Wir wollen resolut die Problematik der langen Wartezeiten in den Notaufnahmen der Krankenhäuser angehen und eine Lösung herbeiführen. Jeder Patient, der sich notfallmäßig vorstellt, muss dem Ausprägungsgrad seiner Erkrankung entsprechend schnell und effizient der bestmöglichen Behandlung zugeführt werden.
- Alle Notaufnahmen des Landes müssen deshalb rund um die Uhr geöffnet haben. Die interne Organisation der Notaufnahmen sowie der anhängenden klinischen Abteilungen müssen eine zügige Diagnostik und den schnellen Behandlungsbeginn gewährleisten.
- Die Schnittstelle zwischen dem ambulanten Bereich der Notaufnahme und dem stationären Bereich der spezialisierten Versorgung ist in diesem Zusammenhang elementar. Dafür müssen im System die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt und die nötigen Anpassungen vorgenommen werden.
- Wir werden die Mittel zur Anschaffung der notwendigen Kernspintomographen (IRM) zur Verfügung stellen, und gegebenenfalls die Öffnungszeiten verlängern, um die inakzeptabel langen Wartezeiten für entsprechende Untersuchungen zu reduzieren.
- Diagnostikzentren wie Scanner, Röntgen, MRT usw. sollen auch außerhalb einer Spitalstruktur ambulant angeboten werden können.
- Wir werden größere multidisziplinare Gemeinschaftspraxen mit regionaler Vernetzung fördern. Wir werden das Systems der „Maisons médicales“ ausbauen. Dies soll in allen Regionen zu einem flächendeckend suffizienten Angebot führen. Längere Öffnungszeiten der „Maisons médicales“ soll zur Entlastung der Notaufnahme führen. Das Referenzarztsystem, das derzeit nur Langzeitkranken zur Verfügung steht, soll im Sinne einer Basisversorgung überall und für alle ausgebaut werden, besonders in der Präventivmedizin. Für jeden Patienten soll mit Hilfe eines klinischen Präventionsblatts (Beispiel Kanada) ein individueller Vorsorgeplan ausgearbeitet werden können.

Wir wollen die von vielen Seiten häufig geforderte ambulante Wende im Gesundheitssystem herbeiführen.

3) Die Renten langfristig absichern

Die Rentenversprechen der aktuellen Arbeitnehmer bleiben garantiert. Es werden keine Pensionen gekürzt. Darüber hinaus gewährleistet die CSV, dass die sozialen Sicherungssysteme langfristig finanzierbar bleiben.

Dass Handlungsbedarf im Bereich des Pensionssystems besteht, belegen die Zahlen der „Inspection générale de la sécurité sociale“ von Dezember 2016: Bei einem permanenten durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent bis 2030 bzw. von 2,5 Prozent bis 2045 sind die Reserven 2043 aufgebraucht. Ab 2023 schon wird mit einem negativen Jahressaldo gerechnet (weniger

Einnahmen als Ausgaben). 2035 werden die Reserven unter die legale Mindestnorm von 1,5mal der Jahresausgaben abrutschen.

Wer sich heute bereits einer Diskussion über Reformen für morgen verschließt und das vor allem in wirtschaftlich günstigen Zeiten, gefährdet den sozialen Besitzstand und das auf Kosten der zukünftigen Generationen.

Das ist nicht der Weg, den die CSV gehen möchte. Deshalb die Forderung nach einer Reform des Pensionssystems.

Für uns gelten folgende klaren Vorgaben für eine Reform der Pensionssysteme:

- Objektive Detailanalyse des Systems sowie der mittel- und langfristigen Finanzierbarkeit;
- Festhalten am Generationenvertrag und Festigung der Generationenverantwortung;
- Lösungsfindung und Reform im Dialog mit den Sozialpartnern;
- Zielsetzung ist es, die Rentenversprechen von heute einzuhalten;
- neue Versprechen sollen nur dann gemacht werden, wenn sie mittel- und langfristig eingehalten werden können.

Nicht handeln, bedeutet mittelfristig eine Gefährdung des aktuellen Systems und der entsprechenden Leistungen. Deshalb unsere Forderung nach einer Reform.

4) Mittelständische Unternehmen als Motor der Wirtschaft anerkennen und fördern

Die Klein- und Mittelbetriebe und das Handwerk dürfen nicht stiefmütterlich behandelt werden. Dieser Teil der Wirtschaft muss revitalisiert werden.

- Den Unternehmen sollen Kompetenzzentren zur Seite gestellt werden, die dazu beitragen, die digitale Erneuerung umzusetzen.
- Es soll eine Bestandsaufnahme der Förderungsmaßnahmen der verschiedenen Berufskammern im Bereich der Digitalisierung gemacht werden. Die bestehenden Maßnahmen sollen koordiniert und wenn nötig zusätzlich finanziell unterstützt werden.
- Die CSV schlägt die Schaffung dezentraler integrierter Anlaufstellen nach dem Modell eines „Guichet unique“ zur Vereinfachung des Ablaufs aller Arten von administrativen Prozeduren vor, die den Mittelstand betreffen.

Die administrative Vereinfachung im Interesse der Betriebe muss konsequent angegangen werden. Hier gilt es vor allem folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Vereinfachung der administrativen Prozeduren in Umweltfragen;
- keine Ausweisung zusätzlicher Biotope auf Bauland in bestehenden allgemeinen Bebauungsplänen;
- Ausarbeitung eines nationalen Leitplans „Bauschuttdeponien “;
- Ausweisung zusätzlicher Gewerbegebiete sowie Umklassieren von Grundstücken in nationalen Aktivitätszonen.

Neben allgemeinen Steuererleichterungen für Betriebe soll das Steuersystem spezifisch für Klein- und Mittelbetriebe umgebaut werden.

Neue Wege zur Förderung der Investitionen sollen beschritten werden. Dies gilt zum Beispiel für Reinvestitionen in Innovation.

- Steuerliche Vorteile sollen gelten, wenn im Betrieb Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung getroffen werden. Hier werden wir Steuerkredite einführen.
- Wir werden auch die Steuerbefreiung auf Geschäftsgrundlagen bei Firmenübernahmen innerhalb der Eigentümerfamilie einführen.
- Wir werden die von der von der SNCI angebotenen Dienstleistungen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der kleineren und mittleren Unternehmen überprüfen, dies mit einem besonderen Fokus auf geplante Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien und der nachhaltigen Materialwahl bei Neuanschaffungen in Unternehmen.
- Um die Investitionskraft mittelständischen Unternehmen zu steigern, werden wir bei Investitionen eine Vorabsteuerimmunisierung („Immunisation fiscale préalable") einführen.

Im Interesse der Betriebe muss die Berufsausbildung reformiert werden.

- Die Meisterprüfung wird neugestaltet. Die Reform des Meisterbriefs bzw. der Meisterprüfung pro Berufssparte erfolgt nach der Anpassung des entsprechenden Gesetzes und der Entscheidung über die staatliche Finanzierung.
- Die Definierung des „Bachelor professionnel" kommt, die Gleichstellung mit dem Meisterbrief wird geprüft.

Die Gewerbeaufsicht muss ihren Aufgaben als Partner der Unternehmen verstärkt gerecht werden können.

- Die CSV will eine Reform der gesetzlichen Basis der Gewerbeaufsicht ITM („Inspection du travail et des mines"). Vor allem die geltende Rekrutierungsmethode muss überarbeitet werden. Dies mit dem Ziel, der ITM mehr Mittel auf Kompetenz- und Personalebene zu geben.
-

Wir wollen eine Vereinfachung der Nutzungsbedingungen des „badge social" und eine Vereinfachung der entsprechenden Kontrollmöglichkeiten. Sozialem Dumping und unlauterem Wettbewerb durch ausländische Konkurrenz sollen so besser entgegengewirkt werden können.

-

5) Innovation ist Zukunft

Das Land braucht eine Wirtschaftspolitik, die neue Aktivitäten fördert.

- Universität, Forschung und Betriebe müssen näher aneinander geführt werden.
- Luxemburg muss eine Referenzplattform im Bereich der Digitalisierung und Robotics, Big Data und Digital Storage, Coded Money und Cyber Security werden.
- Zukunftsträchtige Sparten, wie die Kreislaufwirtschaft und der Aufbau eines anerkannten „Health Hub" müssen finanziell und fiskalisch gefördert werden. Die klassischen Cluster Luxemburgs, das Finanz- und Versicherungswesen, die Informationstechnologien (ICT), Biotechnologien sowie der Logistiksektor müssen weiterhin konsequent weiterentwickelt und gefördert werden. Auch die Weltraumtechnologien gehören zu den Clustern, auf die weiter gesetzt werden muss.

- Wir wollen Luxemburg darüber hinaus zum internationalen „Health Hub“ entwickeln, wo Forschung, klinische Medizin und Industrie auf kleinem, aber ideal vernetztem Raum zu einem grenzüberschreitenden Knotenpunkt der Gesundheit zusammengeführt werden und sich so zu einem neuen Pfeiler unserer nationalen Wirtschaft etablieren. Bestehende Organisationen, Institutionen und Strukturen (Universität, LIH, FNR etc.) werden im „Health Hub“ sinnvoll und zielführend vernetzt und koordiniert; neue Strukturen müssen geschaffen werden (beispielsweise eine „Medical and Research School“).
- Luxemburg soll zu einem Vorreiter im Bereich der so genannten „Circular Economy“ werden. Die Kreislaufwirtschaft muss konsequent gefördert und Forschung und Produktion auf diesem Gebiet intelligent zusammengeführt werden. Ausgehend von der bereits bestehenden zentralen Schaltstelle im Norden des Landes soll die Kreislaufwirtschaft als zukunftsweisendes, umweltschonendes und regeneratives Wirtschaftssystem allen städtischen Zentren reales Entwicklungspotential bieten.

Digital Luxembourg muss weiter wirken

Im Jahr 2018 reicht es nicht aus, digitale Standortpolitik zu machen, es braucht eine breitere Vision. Digitale Politik ist nicht einfach ein Thema unter vielen, sondern muss von jedem Ministerium, jeder Verwaltung mitgetragen und mitgestaltet werden – nur so können wir sicherstellen, dass wirklich jeder die neuen digitalen Chancen wahrnehmen kann.

Luxemburg war bis dato ein Frontrunner bei Investitionen in Infrastrukturen im ICT-Bereich. Das Land ist weltweit im Spitzenpeloton in Sachen Konnektivität. Das muss so bleiben.

- Wir werden weiterhin in die Daten- und Kommunikationsinfrastrukturen investieren.
- Neue Technologien früh erkennen und Infrastrukturen anpassen bleibt eine Maxime.
- Luxemburg ist ideal positioniert, um ein Testfeld für 5G-Technoloigie zu werden.
- Wir werden eine 5G-Strategie ausarbeiten und diese zügig umsetzen.

Finanzplatz: Entwicklungschancen nutzen

Der Finanzplatz hat sich in den vergangenen Jahren im Bereich der Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes zu einem der führenden Finanzplätze entwickelt (Stichwort „Green Bonds“). Das gleiche gilt für Bereich der FinTech, wo die diversen neuen Technologien (Blockchain usw.) schnellstmöglich gesetzlich geregelt werden sollen. Auf diesen stark umkämpften Gebieten werden wir die Akteure unterstützen, und attraktive Rahmenbedingungen schaffen, um die Attraktivität des Finanzplatzes gegenüber der Konkurrenz zu stärken.

- Wir wollen den Aufbau neuer Sektoren im Finanzbereich unterstützen.

- Wir wollen, dass Luxemburg die Finanzindustrie der Zukunft mitbestimmt. Deswegen müssen wir schon heute die Finanzinstrumente von morgen analysieren, begleiten und verbessern.

Wir werden ein wettbewerbsfähiges Umfeld für Fintech schaffen.

- Die Diversifizierung der Fonds-Industrie wird weiter unterstützt. Vor allem setzen wir auf die Förderung von Initiativen im Bereich der Greenfonds

6) Digitalisierung braucht eine soziale Dimension

Für die Arbeitnehmer bedeutet die Digitalisierung viele Möglichkeiten für mehr Selbstbestimmung und Flexibilität. Für viele Arbeitnehmer wird ihre berufliche Aktivität zum Teil nicht mehr zeit- und ortsgebunden sein. Die Digitalisierung ist in diesem Sinne eine große Chance für die Humanisierung der Arbeit.

Klare Regeln für Arbeitszeiten

Eng verknüpft mit der Digitalisierung der Berufswelten ist die Frage der Arbeitszeit. Der Einsatz digitaler Technologien eröffnet vielen Arbeitnehmern die Möglichkeit zu flexibleren Arbeits- bzw. Anwesenheitszeiten.

Die CSV will ein klares Regelwerk, das folgende Punkte sicherstellt:

- Die Nutzung von flexibleren Arbeits- bzw. Anwesenheitszeiten durch den Arbeitnehmer ist freiwillig. Kein Arbeitnehmer kann dazu gezwungen werden.
- Keine Auslagerung : Arbeitnehmer mit flexiblen Arbeits- und Anwesenheitszeiten gehören weiterhin zum festen Mitarbeiterstab des Unternehmens und können daher nicht, ohne ihr Einverständnis, an einen anderen Arbeitsplatz oder –ort versetzt werden. Dies gilt auch für öffentlich-rechtliche Arbeitgeber. Das Arbeitszeitvolumen bleibt in seiner Gesamtheit unverändert.
- Mobilarbeitszeiten werden gemeinsam von Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgelegt.
- Die Arbeitszeiten müssen ordentlich erfassbar sein und klare Definitionen der Überstunden müssen gewährleistet sein.

Arbeitsschutz 4.0

Die gemeinsame Aufgabe der Politik, der Gewerkschaften und der Unternehmensverbände ist es, intensiv daran zu arbeiten, dass Arbeit 4.0 weiterhin die sozialen Standards in der Arbeitsweilt erhält. So darf es auf keinen Fall in eine Richtung gehen in der maßgeblich Bestimmungen des Arbeitsvertrags ausgehöhlt werden.

- Die CSV tritt dafür ein, den Arbeitsschutz anzupassen. Hier müssen Grenzen gezogen, Rechtsansprüche definiert und Kontrollen installiert werden, um den damit einhergehenden gesundheitlichen sowie psychischen Gefährdungen konsequent vorzubeugen. Gefahren wie Selbstausbeutung müssen konsequent vermieden werden.

Integraler Bestandteil der Rechte der Arbeitnehmer ist der Schutz der personenbezogenen Daten. Beschäftigte müssen vor einer exzessiven digitalen Kontrolle durch ihre Arbeitgeber geschützt werden.

- Deshalb sind wir bei der Speicherung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Arbeitskontext für ein übersichtliches und klares Regelwerk geben.

7) Integration, Identität und Sprache

Die CSV bekennt sich zu einer offensiven und voluntaristischen Integrationspolitik und unterstreicht Multikulturalität als einen der wesentlichen Aspekte einer offenen Gesellschaft.

Die CSV will Beteiligung und Integration fördern. Nur so kann die Kohäsion verstärkt werden. Die Gesellschaft braucht diese Kohäsion. Die Aufgabe der Politik ist es, die entsprechenden Weichen zu stellen.

Sprache als Integrationsfaktor nutzen

Luxemburgisch ist für uns Integrations- und Kommunikationssprache und einen wichtigen Teil unserer Identität. Zu dieser gehören natürlich auch unsere Mehrsprachigkeit sowie ein pragmatischer Umgang mit dieser Vielfalt im Alltag.

Luxemburgisch fördern heißt also für uns nicht andere Sprachen abwerten.

Integration heißt vor allem Austausch. Sprache ist vor diesem Hintergrund eines der wichtigsten aller verbindenden Elemente. Wir wollen den Menschen deshalb mit besseren Luxemburgisch-Kenntnissen die Integration erleichtern und ein besseres gesellschaftliches Zusammenleben fördern.

- Betriebe, die Sprachkurse anbieten, sollen direkt vom Staat unterstützt werden. Kürzungen von Fördergeldern werden rückgängig gemacht.
- Wir werden bei Änderungen der Grundverträge der Europäischen Union auf die Einführung eines neuen Sprachenstatus der Union einzuwirken versuchen, so dass Luxemburgisch offizielle Sprache der Union sein kann, ohne dass es EU-Amtssprache sein muss (mit obligatorischer Simultanübersetzung und Übersetzung auf Luxemburgisch sämtlicher EU-Reglementierungstexte).
- Die Luxemburger Sprache soll auch bei den Luxemburgern selbst gefördert werden. Wir werden Instrumente stärken, die Spracherlernen und Schreibkompetenz erleichtern.
- Als Zeichen echter und gelebter Integrationspolitik und im Sinne einer verstärkten politischen Mitsprache schlägt die CSV vor, den „Conseil national pour étrangers“ zu revalorisieren und so umzugestalten, dass ausländische Mitbürger sich besser durch den CNE vertreten fühlen.

In den Augen der CSV stellt die Erlangung der luxemburgischen Nationalität den geeigneteren Weg dar, um die Integration der ausländischen Bürger und ihre politische Teilnahme, ohne Wenn und Aber, zu stärken.

Die CSV tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Bürger gemeinsam die Zukunft Luxemburgs gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, hatte die CSV eine Gesetzesvorlage im Parlament eingebracht, die den Zugang zur luxemburgischen Nationalität vereinfachen sollte. Die Vorschläge der CSV wurden in einem Regierungstext übernommen, den die CSV unterstützt.

- Die CSV wird Gemeindekommissionen, nationale und lokale Initiativen unterstützen, die im Sinne von mehr Integration und interkulturellem Miteinander wirken zum Beispiel den „Parrainage linguistique“. Auch Schulen sollen bei solchen Aktionen stärker unterstützt werden.
- In der Verfassungsvorlage wird auch die luxemburgische Sprache als Landessprache verankert.

Eine Charta der luxemburgischen Sprache

- Die CSV unterstreicht die Wichtigkeit einer Charta der luxemburgischen Sprache. Diese muss schnellstmöglich ausgearbeitet werden. Alle wesentlichen Akteure müssen bei dieser Initiative eingebunden werden.

8) Ein Maßnahmenpaket für mehr Wohnraum

In letzten Jahrzehnten wurden viele steuerliche und finanzielle Maßnahmen getroffen, die den einzelnen Haushalten halfen sich Wohnraum anzueignen. Diese Anstrengungen konnten aber leider die Anzahl an Wohnungen nicht genügend steigern.

Deshalb bedarf es jetzt einer langfristigen, couragierten und kohärenten Politik auf der Angebotsseite, einer Wohnungsbaupolitik die darauf abzielt Wohnraum zu schaffen und zu mobilisieren. Unsere Wohnungsbaupolitik muss ebenfalls eine hohe Lebensqualität fördern.

Die CSV schlägt dazu folgendes Paket an neuen Maßnahmen vor:

- Die Schaffung von Sozialen-, Alten-, Behindertengerechten und Studentenwohnungen muss unterstützt werden.
- Über einen erneuerten „Pacte logement" 2.0 und den „Fonds de dotation communale" sollen die Gemeinden bei der Schaffung von sozialen und bezahlbaren („Coûts modérés") Mietwohnungen stärker unterstützt werden.
- Wir werden die staatliche Unterstützung im Bereich vom Bau von sozialen Mietwohnungen in den kommenden Jahren erhöhen.
- Eine neue privatrechtliche Gesellschaft, also eine neue Struktur, soll den Gemeinden helfen, sie beraten, begleiten und unterstützten. Die Mission dieser Struktur besteht darin, den Gemeinden auf logistischem Plan, bei der Anschaffung von Bauland über die Planifikation bis hin zur Umsetzung und dem Bau von Wohnungen zu helfen. Diese Struktur kann die Gemeinden zusätzlich bei der Verwaltung der gebauten Wohnungen unterstützen. Ergänzend können auch private Bauträger mit dem Bau von Wohnungen beauftragt werden um dieses Bauland zu erschließen.
- Neue, große und zusammenhängende Flächen an Bauland sollen im Rahmen des „plan sectoriel Logement" festgelegt werden.
- Nach der Ausweisung über den „Plan sectoriel logement" müssen diese Flächen kurzfristig und zu einem angemessen Preis in Besitz genommen werden können.
- In diesem Kontext muss dem Staat die Enteignungsprozedur zur Verfügung stehen, die aber nur als letztes Mittel angewendet werden kann. Ausgenommen sind jegliche Immobilien, die für private Zwecke benutzt werden. Auch landwirtschaftlich genutzte Flächen gelten als Ausnahme.
- Wir sind für eine verstärkte Innenverdichtung, vor allem innerhalb neu erschlossener Stadtteile mit einer guten Anbindung an den öffentlichen Transport.
- Wir wollen konkrete Möglichkeiten bei PAG-Erweiterungen vorsehen, die es bei zukünftigen PAG-Abänderungen ermöglichen, zusätzliches Bauland zu erschließen.
- Unbebaute Grundstücke und längerfristig leerstehende Wohnungen innerhalb des vorhandenen Bauperimeters, die aus Spekulationsgründen zurückbehalten werden, sollen über eine national staatlich festgelegte Steuer wesentlich höher besteuert werden.

- Das Prinzip der Baulandverträge wird weiter vorangetrieben und das Schließen von „Baulücken“ über zeitliche begrenzte steuerliche Vergünstigungen vorantreiben.
- Die Dauer des Nichtverkaufs von sozialen Wohnungen wird erweitert (der Besitzer muss die Wohnung selbst nutzen). Wird die Wohnung trotzdem verkauft, gilt der indexierte Einkaufspreis.
- Soziale Mietwohnungen, welche durch die öffentliche Hand (FdL, SNHBM, Gemeinden, usw.) gebaut werden und diesbezüglich in den Genuss von einem Zuschuss kommen, sollen langfristig im Besitz der Allgemeinheit bleiben. Der Mietpreis wird anhand des RGD von 1998 errechnet.
- Beim Bau einer sozialen Mietwohnung durch einen Privatinvestor beläuft sich die Dauer des Nichtverkaufs auf 25 Jahre. Während der Dauer von 25 Jahren muss der Mietpreis an den Preis („Gestion locative sociale“) gekoppelt werden. Bei einem frühestmöglichen Verkauf nach 25 Jahren gilt dann der Marktwert.
- Wir werden die „Gestion locative sociale“ Bsp AIS in den kommenden Jahren weiter fördern und mit zusätzlichen Finanzmitteln ausstatten.
- Wir wollen den Höchstbetrag der Steuervergünstigung aufgrund der Anwendung des stark ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 3% bei einem Hauptwohnsitz für den Erwerb einer ersten Wohnung für junge Familien erhöhen.
- Das Prinzip des Mietkaufs wird eingeführt. Dies soll jungen Familien und Leuten mit mittlerem Einkommen zum Eigentum verhelfen. Die gezahlte Miete enthält den Ansparbetrag für den späteren Kauf und wird beim Erwerb der Immobilie mit dem Kaufpreis verrechnet. Nach fünf bis zehn Jahren kann die Immobilie über Erbpacht oder Vorkaufsrecht gekauft werden
- Wir schaffen einen gesetzlichen Rahmen für den „Contrat de mise à disposition“. Dieser neue Kontrakt soll es erlauben, dass soziale - oder andere Auffangstrukturen nur so lange zur Verfügung gestellt werden, wie sie wirklich gebraucht werden. Dies soll eine bessere Benutzung dieser Strukturen erlauben.
- Wir wollen für mehr Transparenz im Dickicht der Immobilienangebote sorgen; durch eine harmonisierte Plattform für Immobilieninserate mit detaillierten Angaben zur Wohnung über das „Cadastre vertical“ sowie die notariell beglaubigten vorigen Verkaufstransaktionen.
- Sämtliche Prozeduren gehören analysiert und das Naturschutzgesetz soll dementsprechend überarbeitet werden.
- Wir werden den Bau von kleineren und bedarfsgerechteren Wohnungen gezielt fördern. Jeder Mensch hat ein Recht auf angemessenen Wohnraum. Andere Wohnformen wie beispielsweise Wohngemeinschaften und intergenerationelles Wohnen müssen in Zukunft eine gesetzliche Basis erlangen.
- Die Staatsbürgschaft für ein Immobiliendarlehen sollte stärker bekannt werden bei jungen Menschen. Wir schlagen deshalb vor, jeden 18-Jährigen mithilfe eines Briefes über die Staatsbürgschaft aufzuklären.
- Wir werden das „cadastre volumétrique“ einführen.

9) Luxemburg braucht effiziente und starke Gemeinden

Alle Bürger haben das Recht auf dieselben performanten und effizienten kommunalen Dienstleistungen. Dieser Anforderung können jedoch nicht mehr alle Gemeinden im selben Ausmaß folgen. Deshalb wollen wir weniger, aber stärkere Gemeinden. Für die Bürger.

- Wir werden die kommunalen Aufgaben klar definieren und das Gesetz über die Gemeindeordnung neu fassen.
- Wir werden die kommunale Verwaltung modernisieren und die administrativen Abläufe vereinfachen.
- Alle Kommunen müssen ihre Aufgaben autonom erfüllen und ihren Bürgerinnen und Bürger die Grunddienstleistungen anbieten können.
- Gemeinden, die eigenständig ihre Aufgaben erfüllen, sind eine Voraussetzung, um Verwaltungsabläufe vereinfachen und beschleunigen zu können. Eine administrative Reform und Modernisierung des Landes drängt sich daher auf.
- In die Ausarbeitung der neuen Gemeindelandkarte wird der Gemeindesektor eng eingebunden. Wir wollen Fusionen mit und nicht gegen die Gemeinden.
- Wir werden eine Partenariatsplattform zwischen Staat und Gemeinden schaffen. Die Mitsprache der Gemeinden wird respektiert. Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode wird mit den Gemeinden die Ausarbeitung der neuen Gemeindelandkarte begonnen. Die Arbeiten werden auf die bereits bestehenden Gemeindekooperationen aufbauen und die historischen, geografischen und kulturellen Gegebenheiten in Betracht ziehen. Schrittweise sollen die so geschaffenen, verstärkten Kooperationen ausgebaut werden und bis zu 2029 zu Fusionen führen.
- Fusionsbemühungen oder Fusionen, die bereits angedacht sind, werden weiter unterstützt, sollen aber ins Gesamtkonzept der Territorialreform passen.
- Das Amt des Bürgermeisters wird in einer neuen Gemeindeordnung aufgewertet. Wir wollen hauptberufliche Bürgermeister.
- Im Zuge der administrativen Reform wird die zeitgleiche Ausübung des Bürgermeisteramts und des Abgeordnetenmandats (Doppelmandat) abgeschafft.
- Wir schlagen die Schaffung einer neuen gesetzlich verankerten Vertretung der Bürgermeister vor, welche in kommunalpolitisch relevanten Fragen breites Mitspracherecht bekommen soll.

Aufgrund der neuen Gemeindeordnung und der administrativen Gliederung des Landes wird eine neue faire kommunale Finanzordnung erstellt und entsprechende Reformvorschläge ausgearbeitet. Die staatliche Finanzierung der Kommunen muss die Zusammensetzung der Bevölkerung und die Fläche berücksichtigen.

- Das Gemeindefinanzgesetz wird sofort überarbeitet, um den Bedürfnissen der großflächigen ruralen Gemeinden sowie der Gemeinden mit Gewerbebetriebszonen Rechnung zu tragen.
- Die Gemeindefusionen werden mit einer nachhaltigen, finanziellen Unterstützung des Staates begleitet werden.

Über die gesamte Territorialreform soll am Ende des Prozesses per Referendum abgestimmt werden.